

Selbstzufriedenheit und Erschöpfung

# Freiheit statt Fisch – oder welche Debatten wir jetzt führen müssen

Sebastian Enskat,  
Magdalena Jetschgo-Morcillo  
und Miriam Siemes

Viele Demokratien leben heute vor allem vom Glanz vergangener Tage. Tatendrang und Innovationskraft sind einer allgemeinen Erschöpfung gewichen. Trotzdem wird die eigene Attraktivität notorisch über- und die Resilienz autokratisch verfasster Regime unterschätzt. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil gerade Demokratien von dem Versprechen leben, die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger weit besser befriedigen zu können als autokratisch verfasste Regime.



Wer die Euphorie der frühen 1990er-Jahre mit heute vergleicht, könnte sich fühlen wie Washington Irvings Rip Van Winkle. Nachdem dieser für 20 Jahre in einen Zauberschlaf gefallen war, wachte er nicht als Untertan der englischen Krone, sondern als Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika wieder auf. Seine Welt und die globale Ordnung waren auf den Kopf gestellt. Eine vergleichbare Zeitspanne liegt zwischen dem vielbeschworenen Siegeszug der Demokratie nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und heute, wo nicht nur die Zahl der demokratisch verfassten Staaten weltweit zurückgeht, sondern der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie selbst in Europa wieder mit Waffengewalt geführt wird.<sup>54</sup>

Ein Grund für diese Entwicklung könnte darin liegen, dass liberale Demokratien in einer sich immer schneller drehenden, immer stärker globalisierten und immer kompetitiveren Welt häufig zu langsam und zögerlich agieren beziehungsweise auf neue Herausforderungen reagieren. Diese vermeintliche Schwäche tritt besonders deutlich zutage beim Vergleich mit autokratisch verfassten Regimen, wo Entscheidungen in der Regel nicht nur schnell und ohne komplizierte Aushandlungsprozesse, sondern meist auch vor dem Hintergrund einer mittel- bis langfristigen Strategie getroffen werden. So baut China in nur vier Jahren den zweitgrößten Flughafen der Welt und sichert sich schon seit langem Rohstoffzugänge auf dem afrikanischen Kontinent, während Deutschland für einen ungleich kleineren Flughafen nicht wie geplant fünf, sondern am Ende 14 Jahre benötigt und beim Thema Afrika immer noch als erstes an Entwicklungshilfe denkt.

Nicht nur Deutschland, sondern viele der einstigen Vorzeigedemokratien weltweit leben heute mehr vom Glanz alter Tage und weniger von den Versprechungen einer noch glänzenderen Zukunft. Tatendrang und Innovationskraft sind lähmenden Umsetzungsproblemen, inneren Zwistigkeiten und einer immer stärker um sich greifenden allgemeinen Erschöpfung gewichen. An ein Leben in Freiheit und relativem Wohlstand gewöhnt, genießt man zwar die Vorzüge der Demokratie, ist aber immer weniger bereit, sich selbst aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen, sich beispielsweise in einer Partei zu engagieren, geschweige denn, für den Erhalt und die Verteidigung von Demokratie und Freiheit im engeren Sinne zu kämpfen.

Dass Letztgenanntes auch in Europa wieder nötig werden könnte, haben uns Russlands skrupelloser Angriff auf die Ukraine und der verzweifelte Kampf der Menschen dort mit aller Drastik vor Augen geführt. Problematischer als das Erschöpfungssymptom selbst ist deshalb vor allem die fehlende Einsicht in den Ernst der Lage. Das gilt nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich, wo der Krieg in der Ukraine möglicherweise als heilsamer Schock gewirkt haben könnte, sondern auch bei anderen gravierenden Problemen, seien es die hohe Staatsverschuldung, verkrustete Verwaltungsstrukturen oder perspektivisch kaum noch zu finanzierende Renten- und Sozialsysteme – Lösungen sind auch in diesen Fällen kaum in Sicht. Mehr noch: Über tiefgreifende Strukturprobleme wird häufig gar nicht oder wenn, dann nicht mit der notwendigen Dringlichkeit debattiert. Man glaubt offenbar, sich langfristig auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen und im Systemwettbewerb bestehen zu können, nur weil sich Demo-

kratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bislang als günstige Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft und den damit verbundenen Wohlstand erwiesen haben.

Apropos Rahmenbedingungen: Vieles spricht inzwischen dafür, dass Demokratie und Freiheit weder notwendige noch hinreichende Bedingungen für wirtschaftlichen Erfolg sind. Aber selbst wer an der Überzeugung festhält, dass nachhaltiger gesellschaftlicher Frieden und damit verbundener Wohlstand auf Dauer nur unter freiheitlich-demokratischen Bedingungen gesichert werden können, sollte Anlass zur Sorge haben, denn auch im Hinblick auf die Fundamente freiheitlicher Demokratien haben Selbstzufriedenheit und Erschöpfung Einzug gehalten.

## Ohne wirtschaftlichen Erfolg ist alles nichts

„It's the economy, stupid“ – mit diesem Slogan zog der demokratische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton 1992 in den Wahlkampf und später ins Weiße Haus ein. Es könnte aber auch ein Werbeslogan für den Erfolg der liberalen Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sein, denn die wirtschaftliche Stärke eines Landes ist nicht nur die Basis seiner geostrategischen Macht nach außen, sondern ebenso Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Innern. Selbstzufriedenheit und Erschöpfung sind in diesem Zusammenhang so gefährlich, weil sich Wohlstand nicht von allein perpetuiert, sondern immer wieder aufs Neue erwirtschaftet werden muss. Erfolge von gestern sind bald vergessen und die Fundamente von *hard* und *soft power* bröckeln schneller, als das manch einer wahrhaben möchte.

Die Beziehung zwischen Demokratie und Marktwirtschaft ist häufig als symbiotisch, die Wechselwirkung von politischer Liberalisierung und wirtschaftlichem Fortschritt fast schon als Automatismus betrachtet worden. Möglicherweise hat das zu jener Arglosigkeit beigetragen, die jetzt zum Problem wird. Schließlich haben die Demokratien des Westens, allen voran Deutschland, erheblich zum rasanten Aufstieg Chinas beigetragen und sich den größten systemischen Konkurrenten damit in gewisser Weise selbst geschaffen. China hat seinerseits eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass auch nicht-demokratische Regime in der Lage sind, „Wirtschaftswunder“ hervorzubringen. Darüber hinaus hat das einst bitterarme Land der Mitte noch den Mythos entlarvt, nach dem eine fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung immer in einen Demokratisierungsprozess mündet, und stattdessen das Erfolgsmodell des „autoritären Kapitalismus“ mit Leben gefüllt.

Damit soll gar nicht in Abrede gestellt werden, dass die liberalen Demokratien des Westens lange Jahre sehr vom Aufstieg Chinas profitiert haben und das noch tun. Zu kurz gekommen ist dabei jedoch die Einsicht, was es für Folgen haben könnte, einem immer mächtiger werdenden Systemkonkurrenten wie China spätestens mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) Türen und Tore zu öffnen, ohne sich über die mittel- und langfristigen Folgen in ausreichendem Maße Gedanken zu machen.<sup>55</sup>

Während die Bedrohung durch die Sowjetunion im Kalten Krieg in erster Linie militärischer Natur war, resultiert die Herausforderung durch China vor allem aus dessen wirtschaftlicher Stärke. Sie ist es, die Demokratien auf der ganzen Welt vor enorme Herausforderungen stellt und den Zusammenhalt innerhalb der demokratischen Familie schon jetzt gefährdet. Zwar ist das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Demokratien bis heute höher als in Autokratien,<sup>56</sup> aber der Trend gibt Anlass zur Sorge: Die Weltwirtschaft verlagert sich zunehmend von West nach Ost und damit weg von etablierten Demokratien hin zu Autokratien und populistischen Herrschern.<sup>57</sup> Ob die auch in Zukunft bereit sein werden, nach den noch zu Glanzzeiten der liberalen Weltordnung etablierten Regeln zu spielen, wird ganz entscheidend davon abhängen, ob es dem demokratischen Block gelingt, seine relative Wirtschaftsmacht zu bewahren.

## Apathie tötet Demokratie

Selbstzufriedenheit stellt sich ein, wenn Demokratien ihre eigene Attraktivität über- und die Resilienz autokratisch verfasster Regime unterschätzen. Auf die Interessen und Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger adäquat reagieren zu können, setzt schließlich voraus, dass die dafür notwendigen gesamtgesellschaftlichen Verständigungsprozesse und der Austausch zwischen Regierten und Regierenden funktionieren. In welchem Maße das noch der Fall ist, sollte in allen Demokratien immer wieder aufs Neue hinterfragt und debattiert werden.

Eine gewisse Trägheit, wenn es darum geht, sich mit den Herausforderungen von morgen auseinanderzusetzen und über die notwendigen Schritte zur Bewältigung dieser Herausforderungen zu debattieren, ist dabei gerade in Deutschland unverkennbar. Hier, wo man sich jahrzehntelang ans raushaltende Zurücklehnen gewöhnt hat, ist die Gefahr einer immer stärker um sich greifenden Apathie besonders groß. Gerade die können sich Demokratien allerdings unter keinen Umständen leisten. Mehr als jede andere politische Ordnung ist die Demokratie ein immer wieder erneuerungsbedürftiges Projekt, das aus engagierten Debatten und produktivem Streit im Innern sowie aus der Auseinandersetzung mit seinen Gegnern von außen neue Kraft bezieht. Das wehrhafte Eintreten für demokratische Grundwerte dient dabei nicht nur einer intellektuellen Selbstvergewisserung, son-

dern trägt gleichzeitig zu jener emotionalen Bindung bei, ohne die das demokratische Projekt nicht überlebensfähig ist.<sup>58</sup>

Für das Funktionieren der Demokratie und den Austausch zwischen Regierten und Regierenden spielen insbesondere Parteien eine zentrale Rolle. Sie sind der Transmissionsriemen, der gesellschaftliche Interessen bündelt und in den politischen Prozess, sprich die Gesetzgebung, einspeist. Demokratie meint in diesem Zusammenhang deshalb stets *Parteiendemokratie*. Dass sich Parteien überall auf der Welt zunehmend schwertun, ihrer angestammten, zentralen Rolle weiterhin gerecht zu werden und immer weniger Menschen bereit sind, sich für und in Parteien zu engagieren, ist insofern nicht nur für die Parteien selbst ein Problem, sondern für die Demokratie an sich.

Noch stehen viele Demokratien im internationalen Vergleich gut da, doch auch Deutschland läuft schon jetzt Gefahr, in wichtigen Bereichen den Anschluss zu verlieren. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sich Demokratien überall auf der Welt viel zu lange auf der Input-Legitimität demokratischer Ordnung ausgeruht haben, statt sich deutlich stärker ebenfalls mit deren Output-Legitimität zu befassen, oder wie Daniel Dettling diesen Punkt in seiner Studie zur Notwendigkeit einer Staatsreform zusammenfasst: „Die normative Überzeugungskraft von Demokratie allein reicht nicht mehr aus, um auch in Zukunft Legitimität zu gewährleisten. Ein mindestens gleicher Stellenwert kommt in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger den konkreten Ergebnissen von Staatshandeln zu.“<sup>59</sup>

## Was also ist zu tun?

Schwer zu sagen, wie es einem Rip Van Winkel ergehen würde, der heute im Hudson Valley einschläft und erst in 20 Jahren wieder erwacht. Bestimmt würde er sich auch dann verwundert die Augen reiben, denn der Wandel ist bekanntlich die einzige Konstante. In welchem Zustand er die Demokratien dieser Welt vorfinden würde, hängt jedenfalls ganz entscheidend davon ab, ob es diesen gelingt, dem schleichenden Gift von Selbstzufriedenheit und Erschöpfung etwas entgegenzusetzen. Dieses Gift führt schließlich dazu, dass Demokratien anfangen, die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vernachlässigen und dadurch sowohl an Attraktivität als auch an Legitimität verlieren. Immerhin leben gerade Demokratien von dem Versprechen, diese Bedürfnisse weit besser befriedigen zu können als autokratisch verfasste Regime.

Um das Wohlstandsversprechen einzulösen, das eng mit dem Aufstieg der liberalen Demokratien verbunden ist, müssen diese vor allem innovativ bleiben, den technologischen Wandel nicht nur bewältigen, sondern gestalten und sich insgesamt mehr mit der Frage beschäftigen, wie sich der wirtschaftliche Erfolg der Vergangenheit in Zukunft fortsetzen lässt. Innovation wird bekanntlich begünstigt, indem in Bildung, Infrastruktur und Forschung investiert wird,

administrative Hindernisse abgebaut und Steuersysteme reformiert werden<sup>60</sup> – alles Bereiche, in denen Deutschland erheblichen Aufholbedarf hat.<sup>61</sup> Gleiches gilt für Investitionen in Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz, den Ausbau der digitalen Infrastruktur, den Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Digitalisierung der Verwaltung und vieles mehr.

Es ist wichtig, die vollmundig angekündigte „Zeitenwende“ tatsächlich mit Leben zu füllen und endlich die eklatante Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen, die die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit Jahrzehnten prägt. Das kann geschehen, indem nicht nur kurz-, sondern auch mittel- und langfristig all die notwendigen Investitionen getätigt werden, um dem Anspruch einer gut ausgerüsteten Einsatzarmee, die gleichzeitig zur Landesverteidigung in der Lage ist, gerecht zu werden. Das kann aber auch geschehen, indem die kaum noch zu erfüllenden Ansprüche, mit denen sich die Bundeswehr seit nunmehr zwei Jahrzehnten konfrontiert sieht, auf ein realistisches Maß herabgestuft, die Lehren aus dem gescheiterten Einsatz in Afghanistan gezogen und die Prioritäten in Richtung Landes- und Bündnisverteidigung verschoben werden.

Auch dem Schaden, der der repräsentativen Demokratie durch den Bedeutungsverlust von Parteien droht, muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Das fängt bei den Parteien selbst an, die sich nach wie vor schwer damit tun, angemessen auf den rasant voranschreitenden gesellschaftlichen Wandel und die zunehmende Digitalisierung zu reagieren und die dadurch notwendig gewordenen Reformen umzusetzen, hört aber da nicht auf. Es sind die Bürgerinnen und Bürger selbst, denen in einer Demokratie die größte Verantwortung für das Funktionieren des Gemeinwesens zukommt. Demokratie verlangt nun mal die Bereitschaft, Selbstzufriedenheit und Erschöpfung zu überwinden, sich für die eigenen Interessen und das Gemeinwohl zu engagieren, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und im Ringen um beste Lösungen zum Fortschritt beizutragen. Dazu gehört auch, sich wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren und demokratische Grundwerte in den Mittelpunkt zu rücken. Demokratische Gesellschaften, die sich stattdessen auf Nebenkriegsschauplätzen verkämpfen, vor lauter vermeintlich Trennendem das Gemeinsame aus den Augen verlieren oder sich im alltäglichen Kleinklein demokratischer Aushandlungsprozesse aufreiben, werden es schwer haben, im Systemwettbewerb mit den immer aggressiver auftretenden Autokratien dieser Welt zu bestehen. Es ist deshalb mehr als nur eine witzige Bemerkung, wenn der britische Politiker Tom Tugend hat in der Rückschau auf ein Treffen der G7, inzwischen immerhin so etwas wie der Club einflussreicher Demokratien, sagt: „The West, however you define it, is still by far the most dominant economic bloc in the world, but we are now more interested in fighting over fish than freedom.“<sup>62</sup>

## Autor und Autorinnen

**Sebastian Enskat** leitet die Abteilung „Demokratie, Recht und Parteien“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Magdalena Jetschgo-Morcillo** ist Referentin für „Globale Ordnung und Systemwettbewerb“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Miriam Siemes** ist Trainee im Auslandsbüro Kenia der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 54 Economist Intelligence Unit 2021: Democracy Index 2020, in: [https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/#mktoForm\\_anchor](https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/#mktoForm_anchor) [18.01.2022].
- 55 Jungbluth, Cora 2021: 20 Jahre WTO-Beitritt Chinas – Wie soll die EU mit der neuen Supermacht umgehen?, Bertelsmann Stiftung, 09.12.2021, in: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/deutschland-und-asien/projektnachrichten/20-jahre-wto-beitritt-chinas> [18.01.2022].
- 56 Acemoglu, Daron et al. 2019: Democracy Does Cause Growth, *Journal of Political Economy* 127: 1, S. 47–100, in: <https://www.journals.uchicago.edu/doi/abs/10.1086/700936?mobileUi=0&> [28.01.2022].
- 57 Orlik, Tom/Van Roye, Bjorn 2020: An Economist's Guide to the World 2050, Bloomberg, 12.11.2020, in: <https://www.bloomberg.com/graphics/2020-global-economic-forecast-2050/> [28.01.2022].
- 58 Münkler, Herfried 2021: Populismus, Demokratismus, Cäsarismus. Die Herausforderung der liberalen Demokratie, *Merkur* 75: 4, S. 28, in: <https://volltext.merkurzeitschrift.de/content/preview/99.120210/mr-75-4-26.pdf> [31.01.2022].

- 59 Dettling, Daniel 2022: Staatsreform 2030: Effektiv, agil und resilient in die Zukunft, Konrad-Adenauer-Stiftung, 20.01.2022, in: <https://www.kas.de/de/einzeltitle/-/content/staatsreform-2030> [01.02.2022].
- 60 OECD 2010: The OECD Innovation Strategy, in: [https://read.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/the-oecd-innovation-strategy\\_9789264083479-en#page12](https://read.oecd-ilibrary.org/science-and-technology/the-oecd-innovation-strategy_9789264083479-en#page12) [01.02.2022].
- 61 Deutschland ist weltweit nur auf Platz 7 bei Investitionen in Forschung und Entwicklung und auf Platz 6 des Human Capital Index. Fleming, Sean 2020: These countries spend the most on research and development, *World Economic Forum*, 16.11.2020, in: <https://www.weforum.org/agenda/2020/11/countries-spending-research-development-gdp/> [01.02.2022]; Gray, Alex 2017: These are the 10 best countries for skills and education, *World Economic Forum*, 13.09.2017, in: <https://www.weforum.org/agenda/2017/09/these-are-the-ten-best-countries-for-skill-and-education/> [01.02.2022].
- 62 McTague, Tom 2021: The Leaderless World, *The Atlantic*, 02.11.2021, in: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2021/11/joe-biden-g20/620580/> [01.02.2022].